



DStGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Kurzfassung Rede

Web 2.0 für Kommunen und Kommunalpolitik Neue Formen der Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Bürger

9. Kommunales IuK-Forum Niedersachsen
27. August 2009
AVALON Hotelpark Königshof in Königslutter

Franz-Reinhard Habel
Sprecher des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Deutscher Städte- und Gemeindebund

Hausanschrift

Marienstraße 6
12207 Berlin

Postanschrift

Postfach 4501140
12171 Berlin

Telekontakte

Tel.: 030 773 07 201

Das Internet hat die Welt fundamental verändert und die Globalisierung dramatisch beschleunigt. Zurzeit sind weltweit 1,6 Mrd. Menschen vernetzt, die sich 200 Milliarden E-Mails täglich senden. In fünf bis zehn Jahren wird eine weitere Milliarde Menschen dazu kommen. Wie wir leben, arbeiten, uns bilden und unsere Freizeit verbringen wird immer mehr vom Internet bestimmt. Mit den Googles, Facebooks, NGOs, dem Bürger und der IT-Industrie entsteht eine neue politische Ordnung, die schon länger die Hoheit des Staates relativiert. Sie ist aber auch eine Chance, eine digitale Weltöffentlichkeit zu bilden und damit zu einer digitalen Kontrollinstanz von Global-Playern zu werden, die von nationalen Demokratien nicht mehr zu beherrschen sind.

Während das Internet 1.0 als statisches Netz mehr ein Schaufenster für Informationen war, ist das Internet 2.0 bereits ein „Mit-Mach-Internet“. Es verändert Strukturen, reduziert Hierarchien, ist dialogorientiert, verstärkt Kooperation, Innovation und Colloboration, lässt soziale Netzwerke entstehen und verstärkt Co-Creation.

Auf der anderen Seite stellt das Web 2.0 dem Gov Tools zur Verfügung, um Partnerschaften zwischen Bürgern und der Verwaltung zu entwickeln und zu fördern. Erstmals in der Geschichte der Menschheit haben wir jetzt eine Technologie die es ermöglicht, viele Akteure und nicht nur die Regierungen zusammen zu bringen, um zentralen Fragen wie Migration, Demografie und Klimaschutz zu lösen. Dadurch erhalten die Menschen ein gigantisches und gewaltiges Gestaltungspotenzial. Dies wirkt emanzipierend und führt zu neuen Machtbalancen. Unternehmen, die Produktionsabläufe verschleiern (z.B. Kinderarbeit) werden durch Blogs gnadenlos öffentlich vorgeführt. Auch die Politik, die häufig erst auf Fehlentwicklungen reagiert, kommt unter Druck. Jetzt können plötzlich Bürger Themen setzen, Verbündete finden und damit Handlungen der Politiker einfordern, denen diese sich nicht mehr entziehen können.

Der Staat ist auf diese tiefgreifenden Veränderungen in der Wirtschaft und in der Gesellschaft bisher nur unzureichend vorbereitet. In den Behörden und in den Parlamenten leben wir immer noch in der Government 1.0 Welt. Die eigentlichen großen Herausforderungen wie Klimaschutz, bessere Bildung, neue Arbeitsplätze und die Haushaltskonsolidierung werden wir nicht mit den bisherigen Instrumenten der Verwaltung allein bewältigen können. Auch Politik und Verwaltung müssen die neuen Wege der Kommunikation durch soziale Netzwerke nutzen. Für die Kommunen liegen in den sozialen Netzwerken große Chancen, gerade junge Menschen zu erreichen und bestimmte Themen anzusprechen.

Deshalb sollten sich möglichst viele Mitarbeiter mit Web 2.0 Technologien beschäftigen. Dazu gehört auch, dass sich Kommunen für Breitbandanschlüsse stark machen. Kommunen sollten ihre Datenschränke öffnen und Informationen z.B. im Umweltbereich öffentlich machen oder eigene Kampagnen starten.

Kommunen sollten selbst social networking technologien nutzen, um das bürgerschaftliche Engagement insbesondere von Jugendlichen zu fördern Und Kommunen müssen Web-Searching machen, denn das Internet ist Teil des öffentlichen Raumes geworden.